

*Der Südtiroler Verein kinderreicher Familien begrüßt die Idee der SVP-Politiker in Rom, das Familiensplitting einzuführen, die Mutterschaftszeit zu verlängern usw. Dabei handelt es sich um Maßnah-*

*men, die den Familien etwas gerechter würden. Es geht hierbei keineswegs um rückschrittliche Maßnahmen, schreibt der Präsident des Vereins kinderreicher Familien, Dr. Gerold Rehbichler.*

## Familiensplitting zu begrüßen

Die Zeiten werden für Familien immer härter, Arbeit außer Haus bei mehreren kleinen Kindern in der Familie bedeutet für die Frau/Mutter einen enormen Aufwand an Zeit und Energie, der sich teilweise unterm Strich gar nicht lohnt, außer in Hinblick auf die Rentenabsicherung.

An die zahlreichen Kinder, die zunehmend fremd betreut werden müssen, denen dauerhafte Bindungen zu ihren Bezugspersonen vorenthalten werden, deren körpereigener Rhythmus ständig den Bedürfnissen der Erwachsenen unter-



geordnet wird, die nicht mehr genügend Genesungszeit im Krankheitsfalle beanspruchen dürfen, da niemand zu Hause sein kann, um sie auch längere Zeit zu betreuen – an all diese Kinder wird nicht gedacht.

Das sogenannte Hausfrauenmodell kann schon aus diesen Gründen so schlecht nicht sein. Ist es nunmehr zu verurteilen,

wenn ein Mann (oder auch umgekehrt) mit der Heirat die Verantwortung – auch die finanzielle – für seine Frau (ihren Mann) und die gemeinsamen Kinder übernehmen will? Soll er durch höhere Steuersätze gestraft werden? Ist seine Frau dadurch eine Sozialschmarotzerin, die es sich auf Kosten des Mannes und der Steuerzahler zu Hause bequem macht? Nein, auf keinen Fall.

Wer soll in Zukunft all die immer älter werdenden Menschen daheim betreuen, häufig rund um die Uhr? Werden dies all die Männer und Frauen, die Arbeit

und Familie unter einen Hut bringen müssen, denn lange schaffen, leistungsfähig zu bleiben?

Als steuerliche Unterstützung ist das Familiensplitting nur zu begrüßen, da es größere soziale Gerechtigkeit schafft und kinderreichen Familien zugute kommt. Dass sich unsere Politiker trotzdem auch weiterhin für die soziale Absicherung der Hausfrauen/Mütter sowie einen staatlich geregelten Rentenanspruch für die Mutterschafts-/Erziehungszeit einsetzen, hoffen wir sehr.